

# Rechtsextremismus in Bayern 2018

Nach wie vor besorgniserregende Angriffe auf Asylsuchende und AsylhelferInnen ...	3
Aufklärungsquote fremdenfeindlicher Straftaten weiter eklatant niedrig .....	5
Antisemitische Angriffe von Rechts auf Höchststand .....	5
Konstant hohes Niveau rechtsextremistisch motivierter Straftaten.....	7
Rechtsextreme ‚Hasskriminalität‘ .....	8
Rechte Straftaten im Internet.....	9
Weiterhin hohes Gewaltniveau der rechtsextremen Szene .....	9
Rechtsextreme Gefährder .....	11
Rechtsextremistisch motivierte Einschüchterungs- und Bedrohungsversuche.....	11
Straftaten gegen Amts- und MandatsträgerInnen.....	12
Rechter Untergrund: Untergetauchte Neonazis, Waffentrainings, „Blood & Honour“ und „Combat 18“ .....	13
Waffen in den Händen von Rechtsextremisten.....	14
Neonazis auf Streife: Rassistische und rechtsextreme Bürgerwehren in Bayern .....	15
Neurechte Bewegungen: Identitäre Bewegung in Bayern weiter stark .....	16
Immer mehr Reichsbürger .....	17
Im rechten Takt: Neonazi-Konzerte in Bayern .....	17
Die rechtsextremistische Musikszene in Bayern.....	19
Vertrieb rechtsextremistischer Musik in Bayern.....	20
Kein Raum für Neonazis: Mindestens 22 Immobilien in Bayern in der Hand von Rechtsextremisten .....	20
Rechtsextremisten in der Kampfsportszene .....	21
Rassismus in den Köpfen besiegen .....	22
Kritik am CSU-Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und grüner Gegenentwurf .....	22
Grüne Forderungen .....	24

Mit unserem Lagebild dokumentieren wir, die Fraktion von Bündnis90 / Die Grünen, seit dem Jahr 2014 die jeweils aktuellen Gefahren durch den Rechtsextremismus in Bayern und fordern entsprechende Gegenmaßnahmen.<sup>1</sup> Als neu gewählter Sprecher der Fraktion für Strategien gegen Rechtsextremismus möchte ich Ihnen das vorliegende Lagebild 2018 präsentieren, das erste Lagebild in der 18. Legislaturperiode des Bayerischen Landtag.

Im Jahr 2018 – das zeigen die Antworten der CSU-FW-Regierung auf diverse Anfragen der Landtagsgrünen – sind die Kennzahlen zu rechtsextremistisch motivierten Straftaten zurückgegangen. Die Entwicklung insgesamt bietet aber kaum Anlass zur Beruhigung. Die fremdenfeindliche Kriminalität im Freistaat hat sich auf einem deutlich erhöhten, bedrohlichen Level stabilisiert. Im Schnitt ereignen sich jeden Tag 5 rechtsextremistisch motivierte Straf- und Gewalttaten in Bayern. In der Untergruppe der Straftaten, bei denen das Motiv konkret der rechtsradikale Hass gegen andere Menschen ist (sogenannte Hasskriminalität), haben die Fallzahlen im Vergleich zum Vorjahr zugenommen. Oft sind bestimmte Personengruppen Ziele der rechten Angriffe. Die Zahl der antisemitisch motivierten Straf- und Gewalttaten sind auf einem neuen Höchststand. Und auch Flüchtlinge, AsylhelferInnen und Flüchtlingsunterkünfte sind nach wie vor das Ziel rechten Hasses.

Diese Zahlen zu Straf- und Gewalttaten, in die wir als Parlamentarier bei der CSU-FW-Regierung Einblick genommen haben, geben aber nur die Spitze des Eisberges wieder. Laut einer internen Analyse des Bundesamtes für Verfassungsschutz gilt jeder zweite Rechtsextremist als gewaltorientiert. Bundesweit handelt es sich um 12.700 Personen. In Bayern liegt das Potenzial des gewaltbereiten Rechtsextremismus demnach bei etwa 1.200 Personen. Auch wenn Neonazis in Bayern der Waffenbesitz endlich zunehmend unmöglich gemacht wird, fahren Rechtsradikale immer wieder zum Schießtraining ins benachbarte Tschechien, wie wir von der Staatsregierung erfahren haben. Auch in der Kampfsportszene in Bayern gibt es vereinzelt aktive Rechtsradikale. Gleichzeitig ermitteln bayerische Behörden wegen des Verdachts, dass das rechtsradikale Netzwerk „Blood & Honour“ wiederbelebt werden soll, das u.a. wegen seiner Gewaltbereitschaft verboten ist.

Unser Lagebild zeigt auch, wie sich die rechte Szene in Bayern im letzten Jahr weiter gewandelt hat. Rechtsextremisten setzen schon länger nicht mehr allein auf dumpfe Gewalt, sondern organisieren Bürgerwehren und gehen in bayerischen Städten auf Streife, um vermeintlich für die Sicherheit zu sorgen, die der Freistaat angeblich nicht garantieren kann. Die Zahl der Streifengänge von Rechtsradikalen ist im vergangenen Jahr gestiegen. Neurechte Bewegungen wie die Identitäre Bewegung erhalten Zulauf und treten – trotz Rückschlägen - weiterhin mit medienwirksamen Aktionen öffentlich

---

<sup>1</sup> Siehe hier das grüne [Lagebild 2015](#), das [Lagebild 2016](#) und das [Lagebild 2017](#).

in Erscheinung. Rechtsextremisten trauen sich, erst recht nach dem Einzug der AfD in die Parlamente, immer mehr in die Öffentlichkeit. Das hat sich nicht zuletzt Anfang dieses Jahres in Nürnberg gezeigt, wo Rechtsradikale skrupel- und schamlos einen Fackelmarsch auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände inszeniert haben.

Auch die Vernetzung der rechtsextremen Szene hält an. Mitglieder der Identitären Bewegung Bayern haben Verbindungen zu Mitgliedern der AfD und ihrer Jugendorganisation, der Jungen Alternative. Die AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag, die zunehmend von der völkisch-rechtsextremistischen AfD-Gruppierung „Der Flügel“ dominiert wird, beschäftigte NPD-nahe Mitarbeiter. Internationale rechte Netzwerke haben gezielt versucht, Einfluss auf die Landtagswahl in Bayern im Oktober vergangenen Jahres zu nehmen (ISD-Studie „Battle for Bavaria“). Aber auch die Bedeutung rechtsextremistischer Musik ist nicht zu unterschätzen, wenn es um das Thema rechte Vernetzung geht. Für das vergangene Jahr stellen wir eine Zunahme rechter Konzerte in Bayern fest.

Wir müssen feststellen: Die rechtsextreme Szene in Bayern verändert sich, sie vernetzt sich zunehmend, sie radikalisiert sich und sie sucht Anschluss in der Mitte der Gesellschaft. Der Rechtsextremismus stellt damit eine der größten Herausforderung und Gefahren für unsere freiheitliche- demokratische Gesellschaft dar.

Diese Entwicklungen verlangen nach einer unmissverständlichen Reaktion von Staat und Zivilgesellschaft. Doch auch sieben Jahre nach der Selbstenttarnung des „NSU“ müssen wir leider feststellen, dass die CSU keine wirksame Strategie zur Bekämpfung von Rassismus und rechter Gewalt vorzuweisen hat. Das Ende 2017 aktualisierte Handlungskonzept der Staatsregierung gegen den Rechtsextremismus in Bayern zeigt keine Wirkung.

Wir als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werden uns auch weiterhin konsequent gegen Rassismus und Neonazis einsetzen.

### **Nach wie vor besorgniserregende Angriffe auf Asylsuchende und AsylhelferInnen**

Auch 2018 bleiben, wie schon in den Vorjahren, Flüchtlinge und FlüchtlingshelferInnen eines der Hauptziele rechter Angriffe. Wie das CSU-Innenministerium uns gegenüber einräumte, wurden letztes Jahr 38 Straftaten (2017: 72) registriert, die sich gegen Asylunterkünfte, Asylsuchende und AsylhelferInnen richteten. Davon sind 37 Taten dem Bereich der Politisch Motivierten Kriminalität Rechts (PMK-Rechts) zuzuordnen.<sup>2</sup>

---

<sup>2</sup> Vgl. Ziff. 1, 2 und 6 der Antwort der Staatsregierung vom 29.04.2019 auf die Schriftliche Anfrage des Herrn Abgeordneten Cemal Bozoğlu vom 15.01.2019 betreffend Gewalt gegen Unterkünfte

2018 wurden 18 von Flüchtlingen bewohnte Wohnungen oder im Bau befindliche Unterkünfte Ziel von Straftaten.<sup>3</sup>

Jahr	Zahl der Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte
2003	3
2004	8
2005	4
2006	7
2007	1
2008	-
2009	2
2010	3
2011	2
2012	2
2013	13
2014	25
2015	77
2016	94
2017	32
2018	18

Diese Zahlen umfassen vor allem Sachbeschädigungen, die 2018 rund um die Flüchtlingsunterkünfte begangen wurden. In etlichen Fällen wurden verfassungsfeindliche Kennzeichen verwandt. In Nußdorf (Schwabens) kam es zu einer schweren Brandstiftung: Die Täter warfen Brandbeschleuniger gegen eine Asylunterkunft und zündeten diesen mittels Bengalos.<sup>4</sup>

Nach wie vor angespannt ist die Situation für Geflüchtete außerhalb ihrer Asylunterkunft oder Wohnung. Nach Angaben des CSU-Innenministeriums hat die Polizei letztes Jahr 13 Fälle (2017: 22 Fälle) registriert, bei denen Flüchtlinge bzw.

---

von Asylsuchenden, Geduldete, Flüchtlinge, Menschen mit Abschiebeschutz und Migrantinnen und Migranten 2018.

<sup>3</sup> Vgl. ebd., Ziff. 1.

<sup>4</sup> Vgl. ebd., Anlage 1 zu den Fragen 1.a und 1.b.

Asylsuchende außerhalb ihrer Unterkunft Opfer von fremdenfeindlichen Angriffen wurden. Besonders erschreckend ist dabei, dass die Flüchtlinge bzw. Asylsuchenden ausschließlich körperlich angegriffen wurden.<sup>5</sup> In 6 Fällen kam es zu einer gefährlichen Körperverletzung. Die Angriffe erfolgten durch Einzelpersonen oder auch durch mehrere Täter (bis zu 3 Personen).

Ziel rechter Angriffe bleiben auch weiterhin die FlüchtlingshelferInnen. Im Jahr 2018 wurden in 7 Fällen (2017: 18 Fälle) VertreterInnen von Hilfsorganisationen bzw. ehrenamtliche HelferInnen Opfer rechtsextremistisch motivierter Straftaten.<sup>6</sup> In den meisten Fällen kam es zu Beleidigungen und Bedrohungen. In einem Fall wurden zwei Fußballspieler einer Integrationsmannschaft tätlich angegriffen.

Auch wenn die Zahl der Straftaten gegen Geflüchtete und ihre Unterkünfte im Vergleich zu der dramatisch hohen Zahl während des Höhepunkts des verstärkten Zuzugs von Geflüchteten in den Jahren 2015 und 2016 gesunken ist, bleibt sie immer noch auf einem erschreckend hohen Niveau.

### **Aufklärungsquote fremdenfeindlicher Straftaten weiter eklatant niedrig**

Die Aufklärungsquote bei Angriffen auf Flüchtlinge, Flüchtlingshelfer und Flüchtlingsunterkünfte bleibt zu niedrig. Zwar wurden für alle 38 Straftaten Ermittlungsverfahren eingeleitet. Doch in 17 Verfahren kam es zu einer Verfahrenseinstellung, z.B. weil ein „Tatnachweis nicht mit der zur Anklageerhebung erforderlichen Sicherheit geführt werden konnte“ oder ein Täter nicht ermittelt werden konnte.<sup>7</sup>

Damit wurden bislang insgesamt nur ca. 45 Prozent der Straftaten aufgeklärt. Die Ermittlungserfolge sind damit in diesem Bereich deutlich schlechter, wie der Blick auf die allgemeine Aufklärungsquote in Bayern verrät, die 2018 bei 66,7 Prozent lag.<sup>8</sup>

### **Antisemitische Angriffe von rechts auf Höchststand**

Niemals in den letzten 11 Jahren war der Stand der in Bayern begangenen antisemitischen Straftaten durch Rechtsextremisten höher als 2018. Letztes Jahr haben die bayerischen Sicherheitsbehörden insgesamt 219 antisemitische Straftaten registriert. Davon wurden 198 Fälle, d.h. ca. 87 %, dem Bereich der politisch

---

<sup>5</sup> Vgl. ebd., Anlage 2 zu Frage 1.c).

<sup>6</sup> Vgl. ebd., Anlage 3 zu Frage 2.a).

<sup>7</sup> Vgl. ebd., Ziffern 7.2 und 7.3., s. dort auch zu weiteren Gründen für die Einstellung des Verfahrens.

<sup>8</sup> Vgl. Kriminalitätsstatistik Bayern 2018, abrufbar unter:

[http://www.polizei.bayern.de/content/6/4/9/pks\\_pressebericht\\_2017.pdf](http://www.polizei.bayern.de/content/6/4/9/pks_pressebericht_2017.pdf).

motivierten Kriminalität rechts (PMK-rechts) zugeordnet, von denen wiederum 191 Straftaten von den Behörden auch als rechtsextremistisch bewertet worden sind.<sup>9</sup>

Jahr	PMK rechts	PMK Ausländer	PMK sonstige	gesamt
2008	136	0	0	136
2009	120	5	2	127
2010	107	4	0	111
2011	112	2	1	115
2012	172	2	0	174
2013	104	5	0	109
2014	155	10	1	166
2015	122	8	2	132
2016	167	11	3	181
2017	145	1	2	148
2018	198	5	16	219

Die begangenen antisemitischen Delikte<sup>10</sup> erfüllten größtenteils den Tatbestand der Volksverhetzung (142 Taten), der Sachbeschädigung (19 Taten), der Nötigung / Bedrohung (23 Taten) oder waren Propagandadelikte (13 Taten). In 4 Fällen kam es zu Gewaltdelikten (3 Fälle von Körperverletzung, eine Erpressung). Unter den 132 Tatverdächtigen waren 107 Männer und 25 Frauen. 117 tatverdächtige Personen hatten die deutsche Staatsangehörigkeit.<sup>11</sup>

Mehr als die Hälfte aller antisemitischen Straftaten 2018 wurde in Oberbayern begangen. Die Taten ereigneten sich zu fast 29% der Fälle im Internet (63 der 219 Taten). Von diesen online begangenen Straftaten wiederum wurden 87% dem Bereich der PMK-Rechts zugeordnet.<sup>12</sup>

<sup>9</sup> Vgl. die Ziff. 1.1, 2.1. und 2.2 der Antwort der Staatsregierung vom 26.03.2019 auf die Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Cemal Bozoğlu betreffend Antisemitische Straftaten 2018.

<sup>10</sup> Das meint an dieser Stelle die 219 Taten aller PMK-Bereiche.

<sup>11</sup> Vgl. ebd. Ziff. 1.1 und 1.2.

<sup>12</sup> Vgl. ebd. Ziff. 6.

Auch die Aufklärung und Strafverfolgung antisemitischer Taten muss intensiviert werden. So führten von 166 staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren im Jahr 2018 nur 30 Verfahren zu einer Anklage oder einem Strafbefehl. Nur in 18 Verfahren wurden Beschuldigte verurteilt. Das ist eine äußerst unbefriedigende Aufklärungsquote.

### **Konstant hohes Niveau rechtsextremistisch motivierter Straftaten**

Das Ausmaß aller rechtsradikalen Straftaten bewegt sich insgesamt weiterhin auf einem unerträglich hohen Niveau. Das Innenministerium registrierte im Jahr 2018 eine Zahl von 1.771 rechtsextremistisch motivierten Straftaten (ohne die Gewalttaten).<sup>13</sup>

<b>Jahr</b>	<b>Zahl rechtsextremistisch motivierter Straftaten (ohne Gewalttaten)</b>
2010	1.513
2011	1.566
2012	1.759
2013	1.677
2014	1.928
2015	2.293
2016	2.379
2017	1.897
2018	1.771

Die rechtsextremistisch motivierten Straftaten verteilten sich 2018 wie folgt auf die einzelnen Regierungsbezirke:

- Oberbayern: 645 Delikte
- Niederbayern: 201 Delikte
- Oberpfalz: 164 Delikte
- Oberfranken: 130 Delikte
- Mittelfranken: 237 Delikte
- Unterfranken: 150 Delikte

---

<sup>13</sup> Der Oberbegriff der politisch motivierten Kriminalität umfasst auch klassische Staatsschutzdelikte. Vgl. die Übersicht zu Begriff und Kategorisierung politisch motivierter Kriminalität auf der Webseite des Bundesministeriums des Inneren ([www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de)).

– Schwaben: 244 Delikte

### **Rechtsextreme ‚Hasskriminalität‘**

Auf einem konstant hohen Niveau bleiben auch die Delikte im Bereich der sogenannten rechten Hasskriminalität. Hierbei handelt es sich um Straftaten, welche die Täter insbesondere aus Hass und Verachtung gegen Menschen anderer Herkunft und Hautfarbe, gegen Schwule, Lesben und Transgender, gegen Menschen aufgrund ihrer Religion (insbes. Juden und Muslime) oder politischen Einstellung sowie gegen Menschen mit Behinderung oder sozial marginalisierte Personen, wie Obdachlose, begehen. Im Jahr 2018 wurden 659 rechtsextrem motivierte Fälle von Hasskriminalität zur Anzeige gebracht. Damit ist die Zahl gegenüber dem Vorjahr wieder leicht gestiegen.

<b>Jahr</b>	<b>Zahl der Meldungen „Hasskriminalität“</b>
2012	405
2013	375
2014	596
2015	886
2016	989
2017	632
2018	659

Zu den Straftaten gehören Bedrohungen, Beleidigungen, Volksverhetzung, Sachbeschädigungs- und Körperverletzungsdelikte.

In 367 von 659 Fällen konnten die Täter ermittelt werden.<sup>14</sup> Die Staatsregierung hat allerdings keine genauen Informationen zum Stand der Ermittlungen, zu laufenden Verfahren, Anklageerhebungen und Verurteilungen der Täter. Am Umgang mit rechtsextremistisch motivierten Bedrohungen und Morddrohungen zeigt sich allerdings, dass die meisten Verfahren im Sande verlaufen. Von 41

---

<sup>14</sup> Vgl. Ziff. 3.1 der Antwort der Staatsregierung auf die Anfrage des Abgeordneten Cemal Bozoğlu vom 03.04.2019 betreffend ‚Rechtsextrem motivierte Hasspostings und Hassmails im Internet 2018‘.



staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren wegen rechtsextremer Drohungen im Jahr 2018 wurden nur 5 Verfahren zur Anklage gebracht.<sup>15</sup>

### Rechte Straftaten im Internet

Viele Delikte im Bereich der Hasskriminalität finden im Internet statt. Von den 659 angezeigten Delikten im Jahr 2018 wurden 180 per E-Mail oder über Social-Media-Plattformen wie Facebook oder Twitter verübt.

Jahr	Zahl der Meldungen „Hasskriminalität“ (Tatmittel „Internet“)
2012	53
2013	48
2014	105
2015	251
2016	328
2017	255
2018	180

### Weiterhin hohes Gewaltniveau der rechtsextremen Szene

Auch die Gewaltbereitschaft der rechtsextremistischen Szene ist weiterhin sehr groß. Dies zeigt sich an der Zahl von 63 rechtsextremen Gewalttaten im Jahr 2018. Dabei wurden insgesamt 77 Personen Opfer dieser Gewalttaten. Überwiegend kam es zu Körperverletzungsdelikten bzw. zu gefährlichen Körperverletzungen, die in der ganz überwiegenden Zahl der Fälle aus rassistischen Motiven heraus begangen wurden.

Jahr	Zahl rechtsextremistisch motivierter Gewaltdelikte	Zahl der Opfer
2010	58	63
2011	57	74
2012	65	83
2013	66	105
2014	66	86

<sup>15</sup> Vgl. Ziff. 3.1 bis 4.3 der Antwort der Staatsregierung auf die Anfrage des Abgeordneten Cemal Bozoğlu vom 01.04.2019 betreffend ‚Rechtsextremistisch motivierte Bedrohungen und Morddrohungen 2018‘.

2015	91	117
2016	113	139
2017	68	76
2018	63	77

Der Schwerpunkt rechter Gewalttaten liegt dabei mit 37 Delikten eindeutig in Oberbayern<sup>16</sup>. Allein 27 dieser Taten haben in München stattgefunden. Die Landeshauptstadt ist also eindeutig der Hotspot rechter Gewalt in Bayern.

Die rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten verteilten sich 2018 wie folgt auf die einzelnen Regierungsbezirke:

- Oberbayern: 37 Delikte
- Niederbayern: 6 Delikte
- Oberpfalz: 6 Delikte
- Oberfranken: 1 Delikt
- Mittelfranken: 7 Delikte
- Unterfranken: 1 Delikt
- Schwaben: 5 Delikte

Die Aufklärungsquote ist bei den rechten Gewaltdelikten nach wie vor viel zu niedrig. Laut Angaben der CSU-Regierung wurden 2018 zwar in 63 Fällen Ermittlungsverfahren eingeleitet, von denen aber nur in 15 Verfahren Anklage erhoben bzw. Anträge auf Erlass eines Strafbefehls erstellt wurden. Nur in sechs Fällen sind bisher Urteile ergangen.<sup>17</sup>

---

<sup>16</sup> Vgl. Ziff. 1.3 der Antwort der Staatsregierung auf die Anfrage des Abgeordneten Cemal Bozoğlu vom 05.04.2019 betreffend Rechtsextremistische Straf- und Gewalttaten 2018.

<sup>17</sup> Vgl. ebd. Ziff 3.3.

## Rechtsextreme Gefährder

Das Gefährdungspotential durch rechte Gewalt bleibt also weiter beträchtlich. Das lassen auch die Zahlen zu den polizeilich als Gefährder geführten rechtsextremen Personen erkennen,<sup>18</sup> die sich ungefähr auf dem Vorjahresniveau<sup>19</sup> bewegen.

Jahr	Rechtsextreme Gefährder	Relevante Personen
2012	1	1
2013	2	25
2014	2	27
2015	3	21
2016	„niedriger einstelliger Bereich“ <sup>20</sup>	„unter 20 Personen“ <sup>21</sup>
2017	„niedriger einstelliger Bereich“ <sup>22</sup>	„unter 20 Personen“ <sup>23</sup>
2018	3	19

## Rechtsextremistisch motivierte Einschüchterungs- und Bedrohungsversuche

Einschüchterungsversuche und Bedrohungen einschließlich Morddrohungen gegenüber all jenen Personen, die nicht in das menschenverachtende Schema der rechtsextremen Ideologie passen, gehören zum perfiden Standardrepertoire der Neonazis. Die Zahl der strafrechtlich relevanten Bedrohungen ist dabei mit 44 Fällen im Jahr 2018 auf ein Rekordniveau gestiegen<sup>24</sup>. Allein 25 Delikte konzentrieren sich dabei auf die Landeshauptstadt München.

Jahr	Rechtsextremistisch motivierte Bedrohungen (§ 241 StGB)
2010	8
2011	15
2012	17

<sup>18</sup> Vgl. die Antwort der Staatsregierung vom 05.03.2019 auf die Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Cemal Bozoğlu vom 15.01.2019 betreffend Rechtsextremes Gefährdungspotential in Bayern.

<sup>19</sup> Vgl. für die Vorjahre die Antworten der Staatsregierung auf die Schriftlichen Anfragen der Abgeordneten Katharina Schulze Drs. [17/10359](#) (2012 bis 2015), Drs. [17/16147](#) (2016) sowie Drs. [17/20934](#) (2017).

<sup>20</sup> Vgl. Ziff. 2.1 der Antwort der Staatsregierung vom 30.05.2017 auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Katharina Schulze vom 17.01.2017 betreffend Rechtsextremes Gefährdungspotential in Bayern (Drs. [17/16147](#)).

<sup>21</sup> Vgl. ebd., Ziff. 2.2.

<sup>22</sup> Vgl. Ziff. 2.1 der Antwort der Staatsregierung vom 19.02.2018 auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Katharina Schulze vom 11.01.2018.

<sup>23</sup> Vgl. ebd. Ziff. 2.2

<sup>24</sup> Vgl. Ziff. 1 der Antwort der Staatsregierung auf die Anfrage des Abgeordneten Cemal Bozoğlu vom 01.04.2019 betreffend ‚Rechtsextremistisch motivierte Bedrohungen und Morddrohungen 2018‘

2013	13
2014	15
2015	42
2016	30
2017	31
2018	44

Zielscheibe der Rechten sind Amts- und MandatsträgerInnen, Flüchtlinge und auch Personen, die sich für einen menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen einsetzen.

Äußerst unbefriedigend sind auch hier die Ermittlungserfolge. 2018 konnten nur in 17 Fällen der oder die Täter ermittelt werden.<sup>25</sup> Dabei kam es nur in 2 Fällen zu rechtskräftigen Verurteilungen und in 3 weiteren Fällen zu einer Anklageerhebung.

### **Straftaten gegen Amts- und MandatsträgerInnen**

Auf einem hohen Niveau bewegen sich auch die rechtsextremistisch motivierten Angriffe auf Amts- und MandatsträgerInnen. Hier zeigt sich, dass Neonazis gezielt versuchen, Politiker zu bedrohen, sie einzuschüchtern und so letztendlich die demokratische Willensbildung zu beeinflussen.

2018 kam es zu 44 rechten Straftaten gegen Amts- und MandatsträgerInnen.<sup>26</sup> Bei den meisten Delikten handelt es sich um Volksverhetzung, Beleidigung, Bedrohung oder Verleumdung. In einzelnen Fällen kam es auch zu Sachbeschädigungen oder der Aufforderung zu Straftaten. In drei Fällen haben Nazis Amts- und MandatsträgerInnen bedroht.<sup>27</sup>

Die Aufklärungsquote ist bei diesen für unsere Demokratie gefährlichen Delikten deutlich zu niedrig. Nur in knapp der Hälfte der Fälle konnten Täter ermittelt werden. Nur in 3 von 42 Verfahren der im Jahr 2018 begangenen Straftaten wurde bislang Anklage erhoben und nur in einem Fall wurde der Täter rechtskräftig zu einer Geldstrafe verurteilt.<sup>28</sup> Demgegenüber wurden alleine 33 Verfahren eingestellt, entweder weil ein Täter nicht ermittelt werden konnte, ein Tatnachweis nicht möglich

<sup>25</sup> Vgl. Anlage zur Anfrage des Abgeordneten Cemal Bozoğlu vom 01.04.2019 betreffend ‚Rechtsextremistisch motivierte Bedrohungen und Morddrohungen 2018‘.

<sup>26</sup> Vgl. Ziff. 1.1 der Antwort der Staatsregierung vom 01.04.2019 auf die Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Cemal Bozoğlu betreffend Rechtsextremistische Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger 2018.

<sup>27</sup> Vgl. ebd., Anlage 1.

<sup>28</sup> Vgl. ebd., Ziff. 4.1, 4.2 und 4.3 und Anlage 2.

war, ein Verfahrenshindernis vorlag, der Straftatbestand nicht erfüllt war oder wegen Schuldunfähigkeit des Täters. Für die betroffenen PolitikerInnen ist das eine niederschmetternde Bilanz.

### **Rechter Untergrund: Untergetauchte Neonazis, Waffentrainings, „Blood & Honour“ und „Combat 18“**

Beunruhigend bleibt auch, dass sich in Bayern nach Angaben des Innenministeriums aktuell 81 mit Haftbefehl gesuchte Neonazis der Festnahme entziehen (2017: 78 Personen).<sup>29</sup> Damit ist 2018 auch die Zahl unvollstreckter Haftbefehle gegen Personen mit Bezügen zur PMK-Rechts im Vergleich zum vergangenen Jahr erneut von 92 auf 103 angestiegen. Unter den Gesuchten befinden sich schwerste Gewalttäter. Fast jeder fünfte unvollstreckte Haftbefehl betrifft ein Gewaltdelikt<sup>30</sup>. Die untergetauchten Neonazis führen ein Halbwelt-Dasein und stellen eine ernstzunehmende Gefahr für Bayern dar. Das wissen wir spätestens seit der Selbstenttarnung des „NSU“.

Nachdem im Jahr 2015 in Bayern gleich mehrfach rechtsterroristischen Bestrebungen ans Licht kamen, wurden im Jahr 2018 keine neuen Verfahren wegen §129a StGB oder 129b StGB wegen der Bildung terroristischer Vereinigungen in Bayern eingeleitet.<sup>31</sup> Beunruhigend ist allerdings, dass Sicherheitsbehörden und Justiz in Bayern neue Aktivitäten des verbotenen Neonazi-Netzwerks „Blood & Honour“ im Freistaat festgestellt haben. Derzeit ermittelt die Generalstaatsanwaltschaft München gegen 12 Beschuldigte aus 5 Bundesländern, denen u.a. zur Last gelegt wird, die seit September 2000 verbotenen Organisation „Blood & Honour“ mit Sektionen u.a. in Bayern wiederbeleben zu wollen. Dazu fanden bereits am 12.12.2018 bundesweite Razzien statt, wobei 8 von 15 durchsuchten Objekten sich in Bayern befanden.<sup>32</sup> Außerdem wurden fünf Personen festgenommen, wie die Generalstaatsanwaltschaft München der Presse Anfang 2019 mitteilte. Unter den Inhaftierten seien mit dem mutmaßlichen „Divisionschef Deutschland“ und dem mutmaßlichen „Sektionsführer“ Bayern auch „Schlüsselfiguren“. Das Netzwerk „Blood & Honour“ wurde zusammen mit einem militanten Arm „Combat 18“ im Jahr 2000 wegen deren rechtsradikaler rassistischer Ideologie sowie der massiven Gewaltbereitschaft und dem Willen zum

---

<sup>29</sup> Vgl. Ziffer 2.1 der Antwort der Staatsregierung vom 28.02.2019 auf die Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Cemal Bozoğlu betreffend ‚Untergetauchte Neonazis‘.

<sup>30</sup> Vgl. ebd. Ziff. 3.2.

<sup>31</sup> Vgl. die Antwort der Staatsregierung vom 11.02.2019 auf die Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Cemal Bozoğlu betreffend ‚Rechtsterroristische Bestrebungen in Bayern 2018‘.

<sup>32</sup> Vgl. die Vorbemerkung zur Antwort der Staatsregierung vom 11.03.2019 auf die Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Cemal Bozoğlu betreffend Aktivitäten von „Blood & Honour“ und „Combat 18“ in Bayern.

bewaffneten Kampf gegen politische Gegner verboten. Über den Stand der Ermittlungen hat uns die Staatsregierung allerdings keine Auskunft erteilt.

Bekannt geworden ist auch, dass Rechtsextremisten aus Bayern regelmäßig zu Schießtrainings nach Tschechien fahren. Zwar geht die Staatsregierung endlich gegen Rechtsextremisten mit Waffenerlaubnis vor. Aber dem Bayerischen Verfassungsschutz wurden in den vergangenen Jahren nicht nur einmal, sondern „immer wieder Fälle“ bekannt, in denen bayerische Neonazis in der benachbarten Tschechischen Republik mit scharfen Waffen schießen üben.<sup>33</sup> In einem Fall besteht eine Nähe zum verbotenen rechtsradikalen Netzwerk "Combat18" (C18), das mit seinen nach dem Prinzip des führerlosen Widerstands agierenden Zellen als militanter Arm von Blood & Honour gilt. Im März 2018 hat das Amtsgericht Hof deswegen zwei Neonazis wegen Verstößen gegen das Waffengesetz verurteilt. Die Männer gehörten mutmaßlich der rechtsextremistischen Gruppe "Combat 18 Deutschland" an und haben in Tschechien ein Waffen- und Schießtraining im tschechischen Cheb absolviert.

Auch nach Kenntnis der Bundesregierung gibt es in Deutschland seit dem Jahr 2013 eine Gruppierung mit der Bezeichnung „Combat 18“, deren Mitglieder u.a. in Bayern wohnhaft sind.<sup>34</sup> Verblüffend ist: Der Bayerischen Staatsregierung liegen dennoch „keine Erkenntnisse über aktive Strukturen, Mitglieder und Aktivitäten von Combat-18-Zellen in Bayern vor.“<sup>35</sup>

Was die Schießtrainings von bayerischen Neonazis anbelangt hat das CSU-Innenministeriums nach eigenen Angaben nur beschränkte Möglichkeiten hier einzugreifen: „Da die Örtlichkeiten aber außerhalb Bayerns liegen, kann nicht abschließend nachvollzogen werden, wann und wo die Rechtsextremisten in der Tschechischen Republik Schießstände besucht oder an (para-) militärischen Übungen teilgenommen haben.“ Diese Antwort ist aus unserer Sicht nicht zufriedenstellend.<sup>36</sup>

### **Waffen in den Händen von Rechtsextremisten**

Die Zahl der bewaffneten Neonazis in Bayern für das Jahr 2018 hat die Staatsregierung uns bislang noch nicht mitgeteilt an (Rückblick: Ende des Jahres 2017

---

<sup>33</sup> Vgl. ebd., Ziff. 8.3.

<sup>34</sup> Vgl. Ziff. 11 der Kleinen Anfrage der Bundestags-Fraktion DIE LINKE, Drs. 18/10463, vom 22.12.2016.

<sup>35</sup> Vgl. Ziff. 5.1 der Antwort der Staatsregierung vom 11.03.2019 auf die Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Cemal Bozoğlu betreffend Aktivitäten von „Blood & Honour“ und „Combat 18“ in Bayern.

<sup>36</sup> Vgl. ebd., Ziff. 8.3.

verfügten 136 Rechtsextremisten über eine waffenrechtliche Erlaubnis<sup>37</sup>). Auch die Zahlen zu den bewaffneten Reichsbürgern reichen wir noch nach.

### **Neonazis auf Streife: Rassistische und rechtsextreme Bürgerwehren in Bayern**

Seit Anfang 2016 haben sich in Bayern selbsternannte „Bürgerwehren“ formiert, die von Rassisten und Rechtsextremisten mitorganisiert werden. Bislang war der größte Teil der „Bürgerwehren“ vor allem im Internet aktiv, um dabei online Stimmung gegen Flüchtlinge und AusländerInnen zu machen. In den letzten beiden Jahren beobachten wir aber einen Trend dahingehend, dass diese Neonazis auch auf der Straße aktiv werden. Sie gehen in bayerischen Städten auf Streife, um für vermeintlich mehr Sicherheit zu sorgen, welche die Behörden des Freistaats angeblich nicht garantieren können. Damit stellen die Rechtsextremisten das Gewaltmonopol des Staates in Frage und wollen zugleich einschüchtern.

Vergangenes Jahr haben Neonazis ihre Präsenz auf den Straßen deutlich ausgebaut. Im Jahr 2018 hat die Staatsregierung auf unsere Nachfrage hin 28 solcher Patrouillen bestätigt.<sup>38</sup> Die Zahl der „Streifengänge“ hat sich damit im Vergleich zum Vorjahreszeitraum verdoppelt (2017: 14 durchgeführte Patrouillen)<sup>39</sup> Betroffen waren dabei die Städte Nürnberg, Bamberg, Regensburg, Augsburg, Donauwörth, Landshut, Straubing, München, Kitzingen, Würzburg und Kempten.

Das Spektrum der Veranstalter solcher Aktionen hat sich vergrößert. Auch im letzten Jahr hat der bayerische Ableger der „Soldiers of Odin“ (SoO), einer europaweit agierenden rassistischen Bürgerwehr, etliche so genannte Spaziergänge und Streifen durch Innenstädte im Freistaat durchgeführt (Augsburg, Donauwörth, Kempten, München und Würzburg). Ebenso ist wieder die Neonazi-Partei „Der III. Weg“ mit vergleichbaren Aktionen aufgefallen (Streifengänge in München, Würzburg und Kitzingen).

Aber auch die NPD hat die Masche für sich entdeckt, als Bürgerwehr aufzutreten und vermeintlich im Sinne der BürgerInnen für Sicherheit auf der Straße zu sorgen. In mindestens 5 Fällen organisierte die rechtsradikale Partei entsprechende Streifengänge in Nürnberg und Bamberg.

---

<sup>37</sup> Vgl. Ziff. 3.1 der Antwort der Staatsregierung vom 13.03.2018 auf die Schriftliche Anfrage der Frau Abgeordneten Katharina Schulze vom 22.01.2018 betreffend Waffen in Bayern 2017.

<sup>38</sup> Vgl. die Anlage zu Ziff. 1.1 der Antwort der Staatsregierung vom 11.03.2019 auf die Schriftliche Anfrage des Herrn Abgeordneten Cemal Bozoğlu vom 18.01.2019 betreffend rassistische und rechtsextreme „Bürgerwehren“.

<sup>39</sup> Vgl. Ziff. 2.1 und 2.2 der Antwort der Staatsregierung vom 14.12.2017 auf die Schriftliche Anfrage der Frau Abgeordneten Katharina Schulze vom 8.11.2017 betreffend Rassistische und rechtsextreme sogenannte Bürgerwehren.

Hinzu gekommen sind auch gänzlich neue Akteure. Die sogenannte „Viking Security Germania“, eine Abspaltung der „Soldiers of Odin“ hat 2018 12 Streifengänge organisiert (Augsburg, Regensburg, Donauwörth, Landshut, Straubing und Nürnberg).

Jeweils bis zu 12 Personen gingen bei den Aktionen der Neonazis auf „Streife“ und zeigten Präsenz auf Bayerns Straßen. In keinem der Fälle waren die Streifengänge vorab bei den Behörden angemeldet.

### **Neurechte Bewegungen: Identitäre Bewegung in Bayern weiter stark**

Seit Beginn der rassistischen Anti-Flüchtlingskampagnen (u.a. von PEGIDA und AfD) und der zunehmenden Etablierung des Rechtspopulismus treten in Bayern verstärkt neurechte Gruppierungen in Erscheinung, die in erster Linie Stimmung gegen Flüchtlinge und MigrantInnen machen.

Ein wichtiger und medienwirksam agierender Akteur ist dabei in den letzten Jahren vor allem die „Identitäre Bewegung“ (IB). In Bayern hat die IB ihre Aktivitäten im Jahr 2018 zwar reduziert, was vor allem auf den geringeren Aktionismus der stärksten IB Sektion in Oberbayern zurückzuführen ist. Mittlerweile hat die IB in Schwaben die IB Bayern als aktivste Regionalgruppe abgelöst.<sup>40</sup> Aber trotzdem hat die IB in Bayern mit insgesamt 46 öffentlichen Aktionen immer noch einen hohen Grad an Aktivität entfaltet. Überwiegend handelt es sich um Plakat- und Transparentaktionen oder Infostände. Gegenstand ist fast ausschließlich das Thema Migration. Es fehlen allerdings weitgehend spektakuläre und medienwirksame Aktionen.

Die IB Bayern unterhält gute Kontakte zur IB Österreich unter Führung von Martin Sellner. Außerdem gibt es Kontakte zur französischen ‚Generation Identitaire‘. Bayerische Aktivisten haben sich an der Sommerakademie der Generation Identitaire und an einer Aktion zur ‚Verteidigung der europäischen Grenzen‘ in den französischen Alpen im April 2018 beteiligt<sup>41</sup>.

Unübersehbar sind die Wechselwirkungen zwischen IB auf der einen und der AfD auf der anderen Seite. Das bayerische Landesamt für Verfassungsschutz hat personelle Verflechtungen zwischen bayerischen AfD-Mitgliedern und FunktionärInnen der Jungen Alternative mit der Identitäten Bewegung festgestellt. Vereinzelt beteiligen sich AfD-Mitglieder direkt an Aktionen der IB.<sup>42</sup> Auch sind dem BayLfV „einzelne Aktivisten“ der IB bekannt, die „zuvor bereits in anderen rechtsextremistischen Gruppierungen, wie in einem Fall des verbotenen Freien Netz Süd (FNS) aktiv waren“.<sup>43</sup>

---

<sup>40</sup> Vgl. die Antwort der Staatsregierung vom 19.02.2019 auf die Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Cemal Bozoğlu betreffend Aktivitäten der rechtsextremen Identitären Bewegung in Bayern 2018.

<sup>41</sup> Vgl. ebd. Ziff. 6.1.

<sup>42</sup> Vgl. ebd., Ziff. 6.2.

<sup>43</sup> Vgl. ebd., Ziff. 7.1.



Im Juni 2018 haben Facebook und Instagram einen Großteil der Profile der IB gelöscht. Das ist ein schwerer Schlag für die Öffentlichkeitsarbeit der IB, die auf einer offensiven Nutzung der sozialen Medien basiert. Nach der Löschung der Profile verlagerte die IB ihre Internetaktivitäten vor allem auf Twitter. Alle drei bayerischen IB Sektionen Bayern, Schwaben und Franken verfügen mittlerweile über eigene Twitter-Konten. Außerdem verlagern sie ihre Aktivitäten teilweise auf das russische Netzwerk vk.com, ohne jedoch einen mit Facebook vergleichbaren Verbreitungsgrad zu erreichen<sup>44</sup>.

In personeller Hinsicht ist die IB nicht zu unterschätzen. Mit den etwa 90 Personen, die in Bayern bei der IB aktiv tätig sind (50 bei der IB Bayern, 25 bei der IB Schwaben und 15 bei der IB Franken),<sup>45</sup> darf sie zu den größeren und einflussreicheren rechtsextremen Gruppierungen gezählt werden.

Die IB in Bayern ist hauptsächlich männlich geprägt. Frauen spielen bei der IB offensichtlich nur für die mediale Darstellung auf YouTube, Facebook und Instagram eine Rolle, wo sie auffällig häufig vertreten sind. Allerdings startete die IB in Deutschland im Januar 2018 unter dem Hashtag „#120Dezibel“ eine neue Kampagne, die sich speziell an Frauen richtet und die ein „Aufschrei gegen die importierte Gewalt“ darstellen soll. Im Rahmen der Kampagne führte die IB in Bayern zwei Aktionen durch, an denen hauptsächlich Frauen beteiligt gewesen sein sollen.<sup>46</sup>

### **Immer mehr Reichsbürger**

Auch im Jahr 2018 gab es einen Anstieg bei den Zahlen zu den sogenannten Reichsbürgern und Selbstverwaltern in Bayern. Derzeit (Stand Ende 2018) rechnet die Staatsregierung 4.200 Personen der Reichsbürgerbewegung in Bayern zu. Das bedeutet einen Anstieg um ca. 9% im Vergleich zum Vorjahr (Stand 31.12.2017: 3.850 Personen). Auf einen Antrag der Grünen hin berichtete der CSU-Innenminister bereits am 28.2.2018 im Innenausschuss des Landtages, dass etwa 60 „Reichsbürger“ derzeit der rechtsextremen Szene zuzuordnen seien.

Nähere aktuelle Infos zu den Reichsbürgern reichen wir noch nach.

### **Im rechten Takt: Neonazi-Konzerte in Bayern**

Rechtsextreme Musik hat nach wie vor einen enormen Stellenwert für die rechte Szene in Bayern. Jugendliche finden über die Musik den Einstieg in den Rechtsextremismus. Die Konzerte und Festivals fördern den Zusammenhalt, fungieren als Kontaktbörse

---

<sup>44</sup> Vgl. ebd.Ziff.4.1.

<sup>45</sup> Vgl. ebd., Ziff. 1.3.

<sup>46</sup> Vgl. ebd., Ziff. 4.3.

und dienen dem Informationsaustausch.<sup>47</sup> Der Aspekt der Vernetzung ist nicht zu unterschätzen, wie die wachsende Zahl an Neonazi-Konzerten und internationalen Festivals zeigt.

Nachdem in den letzten Jahren die Zahl der Neonazi-Konzerte in Bayern auf Grund des entschlossenen Vorgehens der Polizei zurückgegangen ist, ist sie 2018 nun wieder deutlich angestiegen. In Bayern selbst sind der Staatsregierung im Jahr 2018 10 Veranstaltungen bekannt geworden, die v.a. in Franken und in der Oberpfalz stattgefunden haben.<sup>48</sup> Damit ist die Zahl der amtlich erfassten Neonazi-Musikevents doppelt so hoch wie im Vorjahr (2017: 5 Konzerte). Bis zu 550 Personen haben an den rechten Konzerten teilgenommen. Die wohl größte Veranstaltung des letzten Jahres fand am 30.6.2018 in Nürnberg statt. An dem Konzert auf dem Willy-Brandt-Platz in Nürnberg nahmen ca. 250 Personen teil. Organisiert hatte die Veranstaltung die ursprünglich aus Ingolstadt stammende Angela Schaller, die mittlerweile zu einer festen Größe in der rechtsextremen Szene in Thüringen aufgestiegen ist und als äußerst radikal gilt.<sup>49</sup>

Tatsächlich dürfte die Dunkelziffer bei den Neonazi-Konzerten deutlich höher liegen. Denn vor allem die kleineren Veranstaltungen werden „konspirativ vorbereitet und beispielsweise als private Geburtstagsfeier getarnt“, wie die CSU-FW-Regierung mitteilt.<sup>50</sup> Die Staatsregierung hat daher nicht alle Aktivitäten auf dem Schirm. Beispielsweise hatte Ende 2017 die Neonazi-Vereinigung "Prollcrew Schwandorf" in Klardorf (Schwandorf) ein geheimes Konzert ausgerichtet, bei dem Martin Böhne auftrat, der u.a. Teil der Band Oidoxie ist, die dem rechtsextremen Netzwerk "Blood & Honour" und "Combat 18" nahesteht.

Die größten Konzerte und Festivals 2018 haben zwar außerhalb von Bayern stattgefunden, wie das Neonazi-Konzerte im südthüringischen Themar und die "Schild und Schwert"-Rechtsrock-Festivals im April und November im sächsischen Ostritz. Das CSU-Innenministerium verweist aber auf seine Aussage aus dem Vorjahr, wonach

---

<sup>47</sup> Vgl. Ziff. 3.3 der Antwort der Staatsregierung vom 26.02.2018 auf die Schriftliche Anfrage der Frau Abgeordneten Katharina Schulze vom 16.01.2018 betreffend Rechtsextreme Musikszene in Bayern.

<sup>48</sup> Vgl. die Anlage zu Ziff. 1.1 und 1.2 der Antwort der Staatsregierung vom 20.02.2019 auf die Schriftliche Anfrage des Herrn Abgeordneten Cemal Bozoğlu vom 18.01.2019 betreffend rechtsextreme Musikveranstaltungen in Bayern 2018.

<sup>49</sup> <https://thueringenrechtsaussen.wordpress.com/2016/11/13/angela-schaller-nationalsozialistin-antisemitin-und-awo-mitarbeiterin/>

<sup>50</sup> Vgl. Ziff. 5.1 der Antwort der Staatsregierung vom 20.02.2019 auf die Schriftliche Anfrage des Herrn Abgeordneten Cemal Bozoğlu vom 18.01.2019 betreffend rechtsextreme Musikveranstaltungen in Bayern 2018.

der hohe Stellenwert der Musikveranstaltungen daran zu erkennen ist, dass „in Bayern wohnhafte Rechtsextremisten an Szenekonzerten im In- und Ausland teilnehmen“.<sup>51</sup>

### **Die rechtsextremistische Musikszene in Bayern**

An den erwähnten Neonazi-Großveranstaltungen in Sachsen und Thüringen 2018 haben auch Musiker aus Bayern teilgenommen. Bei der zweiten Auflage des „Schild und Schwert Festival“ am 2./3. November 2018 in Ostritz traten die bayerische rechtsextremistische Band „Burning Hate“ (aus Oberfranken) sowie der bayerische rechtsextremistische Liedermacher Frank Rennicke (Raum Hof) auf. Letzterer stand auch bei der Neonazi-Großveranstaltung „Tage der nationalen Bewegung“ am 8./9. Juni 2018 im südthüringischen Themar auf der Bühne. Auch im Übrigen treten bayerische Neonazi-Musiker regelmäßig auf Konzerten der rechtsextremen Szene auf.<sup>52</sup>

Insgesamt sind dem Landesamt für Verfassungsschutz 12 aktive bayerische Bands und Musiker aus dem rechtsextremen Spektrum bekannt, die „eine Bedeutung in der bayerischen und bundesdeutschen rechtsextremen Musikszene“ haben.<sup>53</sup>

Insbesondere der aus dem Raum München stammende Rapper Chris Ares hat sich im vergangenen Jahr immer mehr zu einer festen Größe in der rechtsextremen Hip-hop-Szene entwickelt. Auf YouTube erreicht Chris Ares mit seinen Videos, in denen er u.a. über die Islamisierung Europas durch muslimische Migranten rappt, über 100.000 Zuschauer. Ist er in den letzten Jahren noch für das bayerische Bündnis Deutscher Patrioten (BDP) in Erscheinung getreten, so steht er in letzter Zeit der neu-rechten Identitären Bewegung (IB) nahe. In seinen Texten und Videos bedient er „Ideologieelemente der IB“.<sup>54</sup> Auf dem ersten deutschlandweiten Treffen der Identitären Bewegung, beim Festival „Europa Nostra: Identität verteidigen – Heimat bewahren“ am 25. August 2018 in Dresden, trat Chris Ares zusammen mit dem rechtsextremen Rapper Komplott auf, der aus dem Raum Ulm stammt. Von uns gefragt nach der Wirkung der Musik von Chris Ares auf junge Menschen in Bayern

---

<sup>51</sup> Vgl. ebd., Ziff. 3.3.

<sup>52</sup> Vgl. Ziff. 6.3 der Antwort der Staatsregierung vom 13.02.2019 auf die Schriftliche Anfrage des Herrn Abgeordneten Cemal Bozoğlu vom 18.01.2019 betreffend Rechtsextreme Musikszene und deren Vertriebsstrukturen in Bayern 2018.

<sup>53</sup> Vgl. Ziff. 1.1 und 2.2 der Antwort der Staatsregierung vom 13.02.2019 auf die Schriftliche Anfrage des Herrn Abgeordneten Cemal Bozoğlu vom 18.01.2019 betreffend Rechtsextreme Musikszene und deren Vertriebsstrukturen in Bayern 2018. Dort verweist die Staatsregierung auf ihre Antwort aus dem Vorjahr, vgl. Ziff. 2.2 der Antwort der Staatsregierung vom 26.02.2018 auf die Schriftliche Anfrage der Frau Abgeordneten Katharina Schulze vom 24.01.2018 betreffend Rechtsextreme Musik und deren Vertriebsstrukturen in Bayern (Drs. [17/20949](#)).

<sup>54</sup> Vgl. Ziff. 1.1 bis 2.3 der Antwort der Staatsregierung vom 13.02.2019 auf die Schriftliche Anfrage des Herrn Abgeordneten Cemal Bozoğlu vom 18.01.2019 betreffend Rechtsextreme Musikszene und deren Vertriebsstrukturen in Bayern 2018.

antwortete die Staatsregierung: „Grundsätzlich sind seine Lieder geeignet, unpolitische Jugendliche an die Ideologie der IB heranzuführen und so den Einstieg in die extremistische Szene zu bereiten.“<sup>55</sup>

### **Vertrieb rechtsextremistischer Musik in Bayern**

Nach wie vor lässt sich mit rechter Musik in Bayern Geld verdienen. Acht rechtsextreme Vertriebs- und Versandhandel sind dem CSU-Innenministerium bekannt. Wieviel Geld mit Tonträgern und Konzerten gemacht wird, darüber hat das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz und die CSU-FW-Regierung keine Informationen. Offen bleibt damit, ob das Geld nur dem Lebensunterhalt einzelner rechter Akteure dient, oder auch in die Szene investiert wird. Aus unserer Sicht muss die Staatsregierung dringend etwas tun, wenn Neonazis mit den Einnahmen aus Konzerten, Festivals und Versandhandel rechtsradikale Aktivität finanzieren.

Die rechte Szene bewegt sich auch in Sachen Musik mehr und mehr im Internet. Dort ist Neonazi-Musik insbesondere für Jugendliche leicht verfügbar und für bayerische Behörden wenig kontrollierbar. Das zeigt sich bspw. daran, dass 2018 insgesamt nur 5 Tonträger (allesamt) CDs mit rechtsextremistischen Inhalten beschlagnahmt wurden.<sup>56</sup> Aktionen wie die Verteilung rechtsextremer Schulhof-CDs finden dagegen nicht mehr statt.

### **Kein Raum für Neonazis: Mindestens 22 Immobilien in Bayern in der Hand von Rechtsextremisten**

Wenn es um Aktivitäten der rechtsextremen Szene wie bspw. Konzerte oder den Betrieb eines Versandhandels geht, spielen Immobilien, auf die Neonazis Zugriff haben, eine wichtige Rolle. Zum Beispiel veranstaltet der Betreiber des rechtsextremistischen Versandhandels „Versand der Bewegung“ in Murnau in unregelmäßigen Abständen, zuletzt auch im November 2018, Liederabende, bei dem in der Regel auch ein NPD-Redner auftritt. Unsere Abfrage beim CSU-Innenministerium ergab, dass die rechtsextremistische Szene in Bayern insgesamt Zugang zu 22 Objekten hat.<sup>57</sup> Zugang bedeutet, dass die Neonazis Eigentümer, Mieter oder Pächter sind bzw. ein „Kenn- und Vertrauensverhältnis zum Objektverantwortlichen“ unterhalten.

---

<sup>55</sup> Vgl. Ziff. 1. der Antwort der Staatsregierung vom 05.02.2019 auf die Schriftliche Anfrage des Herrn Abgeordneten Cemal Bozoğlu vom 17.01.2019 betreffend rechtsextremistisch Musik in Bayern 2018.

<sup>56</sup> Vgl. Ziff. 3.2 der Antwort der Staatsregierung vom 13.02.2019 auf die Schriftliche Anfrage des Herrn Abgeordneten Cemal Bozoğlu vom 18.01.2019 betreffend Rechtsextreme Musikszene und deren Vertriebsstrukturen in Bayern 2018.

<sup>57</sup> Vgl. die Antwort der Staatsregierung auf die Anfrage des Abgeordneten Cemal Bozoğlu anlässlich der Plenarwoche 14. KW 2019.

## Rechtsextremisten in der Kampfsportszene

Bundesweit ist zunehmend zu beobachten, dass Neonazis und rechtsextreme Hooligans im Kampfsport aktiv sind. Der Kampfsport entwickelt sich zu einem zentralen Bestandteil rechtsextremer Erlebniswelten. Rechtsextremisten versuchen nicht nur auf an sich unpolitischen Kampfsportveranstaltungen aufzutreten, wie Anfang Juni 2018 auf einer Mixed-Martial-Arts- Veranstaltung des Münchener Veranstalters Aggrelin.<sup>58</sup> Es gibt auch eigene rechte Kampfsportveranstaltung. Im Oktober 2018 fand im sächsischen Ostritz bereits zum zweiten Mal der „Kampf der Nibelungen“ statt. Circa 700 TeilnehmerInnen aus Deutschland, der Ukraine, Russland und anderen europäischen Ländern nahmen daran teil. Wie die Staatsregierung uns mitgeteilt hat, war einer der Kämpfer Kai Z., ein rechtsextremer Kampfsportler aus Bayern.<sup>59</sup> Kai Z. ist ehemaliger Leiter des Gebietsverbands Süd der Partei Der III. Weg. Für die rechtsextreme Partei hat Kai Z. im Jahr 2018 an mindestens 3 Terminen in Bayern einen „Selbstverteidigungs- / Kampfsportkurs“ geleitet.<sup>60</sup>

Darüber hinaus findet nach Erkenntnissen des Bayerischen Verfassungsschutzes „derzeit kein organisiertes, regelmäßiges und dauerhaftes Kampfsporttraining von Rechtsextremisten für Rechtsextremisten in Bayern statt“. Allerdings lässt die Antwort der Staatsregierung auf unsere Anfrage den Schluss zu, dass die Sicherheitsbehörden den rechten Kampfsport auf die leichte Schulter nehmen. Insbesondere für das Allgäu ist Ende 2018 durch Recherchen von Allgäu⇒rechtsaußen bekannt geworden, dass in einer Kampfsportschule in Kempten mindestens ein mutmaßlicher Rechtsextremist als Trainer arbeitet.<sup>61</sup> Angesichts von szenetypischer Kleidung und Tattoos könnten sogar mehrere Mitarbeiter der Sportschule rechtsextrem eingestellt sein. Auf der Allgäu Fight Night, einem Kampfsportturnier Ende 2018 in Waltenhofen bei Kempten, waren nach den Recherchen von Allgäu⇒rechtsaußen einer der Trainer der Kemptener Sportschule und eine weitere Person, die schon früher rechtsextremistisch in Erscheinung getreten ist, als Coach während der Allgäu Fight Night dabei. Zu diesen Vorkommnissen verliert die Staatsregierung in unserer Anfrage kein Wort. Ähnlich verhält es sich mit Blick auf die Enthüllungen zu rechtsradikalen Bezügen in einen Sportclub in Memmingen.<sup>62</sup> Und von privaten, illegalen Kampfsportturnieren und Übungen bayerischer Neonazis im Wald, über die ein ehemaliger Führungskader der

---

<sup>58</sup> <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/mma-veranstaltung-neonazis-duerfen-bei-kampfsport-event-nicht-auftreten-1.3997355>

<sup>59</sup> Vgl. Ziff. 3.1 der Antwort der Staatsregierung vom 18.3.2019 auf die Anfrage des Herrn Abgeordneten Cemal Bozoğlu vom 30.01.2019 betreffend Rechtsextremistische Kampfsportszene in Bayern.

<sup>60</sup> Vgl. ebd., Ziff. 2.1 und 2.2.

<sup>61</sup> <https://allgaeu-rechtsaussen.de/2018/11/18/nazis-staehlen-sich-in-der-allgaeuer-kampfsportszene/>

<sup>62</sup> <https://allgaeu-rechtsaussen.de/2019/01/29/memmingen-herzblut-sportclub-psychomotorik-fuer-kinder-und-kampfsport-fuer-neonazis/>. Vgl. aber Ziff. 6-1 der o.g. Anfrage.

bayerischen Neonaziszene dem Bayerischen Rundfunk berichtete,<sup>63</sup> hat die Staatsregierung auch keine Kenntnisse.<sup>64</sup>

### **Rassismus in den Köpfen besiegen**

Die zunehmend aktivere rechte Szene in Bayern, die tägliche Hetze und der Hass gegen Geflüchtete, VertreterInnen des Islams, Menschen jüdischen Glaubens und gegenüber Politikern und Politikerinnen sowie auch die Ausbreitung des Rechtspopulismus zeigen, dass wir in unserer Gesellschaft ein massives Problem mit menschenfeindlichen Ideologien haben. Das Problem heißt Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus. Angriffe auf Flüchtlingsheime oder auf Jüdinnen und Juden, oder auch die Aktionen der Identitären sind aber nur ein Teil des Problems. Wie weit abwertende Einstellungen insbesondere gegenüber muslimischen Mitmenschen und Geflüchteten in der Bevölkerung verbreitet sind, ist erschreckend. Das zeigen auch die Ergebnisse der 2016 veröffentlichten LMU-Studie zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Bayern.<sup>65</sup> Ein gesellschaftliches Klima aus Abwertung, Diskriminierung und Hass bildet den Nährboden für die aktuell steigende Welle rechtsextremer und rassistischer Gewalt. Unsere Demokratie ist nicht erst dann gefährdet, wenn Gewalttaten von Neonazis begangen werden. Auch rechte Einstellungen in der sogenannten „Mitte der Gesellschaft“ bedrohen das demokratische Klima, verschaffen dem Rechtspopulismus Auftrieb und begünstigen rechte Gewalt. Die CSU-Regierung, die die Dimensionen des Problems nicht erkannt hat, trägt weiter maßgeblich dazu bei, dass sich rechtsextreme Einstellungen in Bayern verfestigen.

### **Kritik am CSU-Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und grüner Gegenentwurf**

Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, Hass in den sozialen Netzwerken und rechte Online-Kampagnen bei der Landtagswahl 2018, Einschüchterungsversuche gegen politische GegnerInnen, rechtsradikale Bürgerwehren und Straftaten von Reichsbürgern wie der feige Polizistenmord eines „Reichsbürgers“ in

---

<sup>63</sup> <https://www.br.de/nachricht/neonazis-kampfsport-gegen-das-system-100.html>

<sup>64</sup> Vgl. Ziff. 2.1 der der Antwort der Staatsregierung vom 18.3.2019 auf die Anfrage des Herrn Abgeordneten Cemal Bozoğlu vom 30.01.2019 betreffend Rechtsextremistische Kampfsportszene in Bayern.

<sup>65</sup> Fröhlich/Ganser/Köhler, Forschungsbericht des Instituts für Soziologie der Ludwig-Maximilians - Universität München vom 23.10.2016 ([http://www.ls4.soziologie.uni-muenchen.de/forschung/aktuelle\\_forschungsprojekte/einstellungen2016/index.html](http://www.ls4.soziologie.uni-muenchen.de/forschung/aktuelle_forschungsprojekte/einstellungen2016/index.html)).

Georgensgmünd: Es ist Zeit zu handeln! Doch die CSU-Regierung lässt eine eigene wirkungsvolle Reaktion auf diese schockierende Entwicklung vermissen.

Zwar hat Innenminister Herrmann Ende 2017 endlich seine lange angekündigte Aktualisierung des Bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus aus dem Jahr 2009 (!) vorgestellt. Doch diese Weiterentwicklung beseitigt nicht die systemischen Fehler des bisherigen Konzepts der CSU-Regierung im Kampf gegen rechts, sondern setzt auf ein "weiter so". Schon in der Landtags-Anhörung, die wir GRÜNE zusammen mit der SPD im Oktober 2016 durchgesetzt hatten, stellten namhafte ExpertInnen fest: Das CSU-Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus ist allzu fixiert auf sicherheitsbehördliche Maßnahmen. Das breite zivilgesellschaftliche Engagement gegen rechts wird dagegen zu wenig anerkannt, eingebunden und gefördert. Es mangelt an präventiven Angeboten, v.a. im Bildungsbereich. Auf viele aktuelle Fragen, wie auf den Umgang mit Rechtspopulismus, gibt das Konzept der CSU-Regierung keine Antworten. Außerdem sei das bisherige Vorgehen der CSU-Regierung unzureichend und planlos.

Diese Kritik behält auch mit Blick auf das im Dezember 2017 aktualisierte Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus seine Gültigkeit. Insbesondere hält die CSU-Regierung an ihrem staatsfixierten, und v.a. repressiven Ansatz im Kampf gegen den Rechtsextremismus fest.

Wir Landtags-Grüne haben unsererseits ein umfassendes Konzept gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit erarbeitet.<sup>66</sup> Ziel ist ein wirkungs-, respekt- und vertrauensvolles Zusammenwirken aller beteiligten staatlichen und nichtstaatlichen Akteure im Einsatz für eine weltoffene, demokratische Gesellschaft und gegen menschenverachtendes Gedankengut. Wir verstehen die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus als Querschnittsaufgabe, die nicht an Ressort-, Zuständigkeits- oder Ländergrenzen Halt macht. Die bestehenden und größtenteils vorbildlichen Initiativen, Ansätze und Konzepte auf kommunaler und zivilgesellschaftlicher Ebene gilt es bei allen staatlichen Maßnahmen angemessen zu berücksichtigen und zu unterstützen. Gemeinsam leitet uns die Vision einer Gesellschaft, in der Vielfalt als Bereicherung begriffen wird und nicht als Bedrohung.

---

<sup>66</sup> Gemeinsame für ein weltoffenes und demokratisches Bayern, Oktober 2016 ([https://www.gruene-fraktion-bayern.de/fileadmin/bayern/user\\_upload/download\\_dateien\\_2018/2016\\_konzept\\_gemeinsam\\_fuer\\_ein\\_weltoffenes\\_und\\_demokratisches\\_bayern.pdf](https://www.gruene-fraktion-bayern.de/fileadmin/bayern/user_upload/download_dateien_2018/2016_konzept_gemeinsam_fuer_ein_weltoffenes_und_demokratisches_bayern.pdf)).

## Grüne Forderungen

Mit einem umfangreichen Antragspaket, das wir auf der Grundlage der Ergebnisse der Expertenanhörung zum „Bayerischen Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus“ vom Oktober 2016 zusammen mit der SPD beschlossen haben,<sup>67</sup> haben wir uns parlamentarisch für eine Neuausrichtung des Bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus in unserem Sinne starkgemacht.<sup>68</sup> Konkret fordern wir

- eine umfassende Bestandsaufnahme der bisherigen Projekte und Maßnahmen der CSU-Regierung im Kampf gegen rechts, insbesondere des Bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus,<sup>69</sup>
- die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher und kommunaler Akteure in das Handlungskonzept nach einem breiten Konsultationsprozess,<sup>70</sup>
- die Ermittlung des Handlungsbedarfs durch eine tiefgreifende Problemanalyse (Problemdefinition auf dem Stand der aktuellen Forschung) und Erfassung des Ausmaßes menschenfeindlicher Einstellungen in der bayerischen Bevölkerung,<sup>71</sup>
- die Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle Demokratie,<sup>72</sup>
- die Einrichtung eines eigenständigen Landesprogramms zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Träger und Projekte gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus,<sup>73</sup>
- die Einrichtung einer landesweiten Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt,<sup>74</sup>
- den Ausbau und die Förderung zivilgesellschaftlicher Aussteigerberatung,<sup>75</sup>
- keine Bildungsarbeit in den Schulen durch den Verfassungsschutz und die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE); stattdessen Förderung des Bildungsangebots von zivilgesellschaftlichen Trägern,<sup>76</sup>
- die Stärkung der Kommunen in ihrem Einsatz gegen Rechtsextremismus (Community Coaching)<sup>77</sup>
- eine regelmäßige Evaluation und wissenschaftliche Begleitung des neuausgerichteten Bayerischen Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus.<sup>78</sup>

---

<sup>67</sup> <https://www.gruene-fraktion-bayern.de/themen/gegen-rechtsextremismus/2017/rechtsextremismus-die-stirn-bieten/?L=0>

<sup>68</sup> November 2017 war die finale Abstimmung über unser Antragspaket im Plenum – und wieder ein Nein der CSU.

<sup>69</sup> Drs. [17/16089](#).

<sup>70</sup> Drs. [17/16090](#).

<sup>71</sup> Drs. [17/16091](#).

<sup>72</sup> Drs. [17/16092](#).

<sup>73</sup> Drs. [17/16093](#).

<sup>74</sup> Drs. [17/16094](#) und Drs. [18/1636](#).

<sup>75</sup> Drs. [17/16095](#).

<sup>76</sup> Drs. [17/16096](#).

<sup>77</sup> Drs. [17/16097](#).

<sup>78</sup> Drs. [17/16098](#).



Neben einer Neuausrichtung der präventiven Maßnahmen fordern wir von der CSU-Regierung im Bereich der Repression und der Sicherheitspolitik

- die Bekämpfung des wachsenden Rechtsextremismus, insbesondere der rechtsextremistischen Straf- und Gewalttaten mit zur obersten Priorität der bayerischen Sicherheitsbehörden zu machen,
- im Rahmen einer Aufgabenkritik die Ressourcen der Polizei dementsprechend neu zu verteilen,
- den Ermittlungs- und Fahndungsdruck auf die rechte Szene weiter zu erhöhen, um damit die bereits begangenen Taten schneller aufzuklären und potenzielle Nachahmer abzuschrecken,
- entschieden gegen Hetze und Gewaltandrohung vorzugehen – insbesondere in den sozialen Medien,
- alle ihr möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um ein Verbot der neonazistischen Gruppierungen „Die Rechte“, „Der III. Weg“, die „Identitäre Bewegung Deutschland“ zu initiieren,<sup>79</sup>
- bei der Vergabe von Aufträgen an private Sicherheitsdienste in Flüchtlingsunterkünften klare Vorgaben zur Qualifizierung des Personals und zur Einhaltung von umfangreichen Qualitätsstandards zu erstellen,
- Bürgerwehren in jedem Falle zu verhindern und konsequent gegen aufkeimende Rufe nach bürgerlicher Selbstjustiz vorzugehen,
- "Reichsbürgern" und Rechtsextremisten in Bayern die Waffenerlaubnis zu entziehen bzw. gar nicht erst zu erteilen und das Waffenrecht entsprechend zu verschärfen,
- Erweiterung des bestehenden Angebots der online-Anzeigenerstattung der Bayerischen Polizei und Ausbau hin zu einer virtuellen Polizeiwache, bei der insbesondere Hate Speech und rechtsradikale Straftaten leichter und schneller angezeigt werden können,
- wirksame Maßnahmen gegen Antisemitismus und antisemitische Straftaten zu ergreifen,
- die mögliche Entwicklung rechtsterroristischer Strukturen und Potenziale in der rechtsextremen Szene konsequent aufzuklären und bereits im Ansatz zu verhindern

Darüber hinaus fordern wir die CSU-Regierung auf,

---

<sup>79</sup> Vgl. unser Antrag Drs. [17/21334](#).

- eine Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Konsequenzen aus der NSU-Mordserie einzusetzen,<sup>80</sup>
- ein unabhängiges Forschungsprojekt zur Überprüfung von Tötungsdelikten mit einem möglichen rechtsextremistischen oder rassistischen Tathintergrund (sogenannte „Altfälle“) zu initiieren und mit ausreichenden finanziellen Mitteln auszustatten.<sup>81</sup>
- die länderübergreifende und europäische Kooperation im Kampf gegen Rechtsextremismus ausbauen.
- die mangelnde Zusammenarbeit mit benachbarten Bundesländern zur Verhinderung von Events der rechtsextremen Musikszene, welche der rechtsradikalen Szene zur Rekrutierung von Personen und Beschaffung von Finanzmitteln dienen, zu prüfen und eine diesbezügliche regelmäßige strukturelle Kooperation zu initiieren.

*München, 13.05.2019*

*Cemal Bozoğlu, MdL*

*Sprecher für Strategien gegen Rechtsextremismus*

*Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag*

---

<sup>80</sup> Vgl. dazu unseren zusammen mit der SPD gestellten Antrag „Einsetzung einer Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Konsequenzen aus der NSU-Mordserie“ vom 04.06.2014 (Drs. [17/2295](#)).

<sup>81</sup> Vgl. dazu unseren Antrag „Rechte Morde überprüfen“ vom 28.06.2018 (Drs. [17/22978](#)).